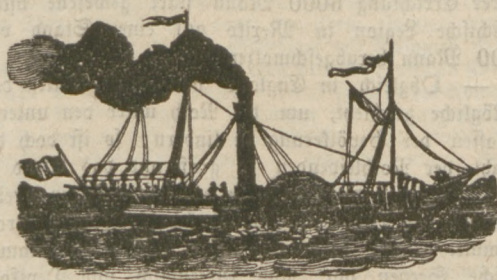


# Danziger Dampfboot.

№ 25.

Mittwoch, den 30. Januar.



1867.

38ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diefige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Neumeier's Centr.-Ztg. u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Eugen Fort. & Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau. In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

## DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro Februar und März beträgt hier 20 Sgr.

Auswärtige wollen den Betrag incl. Postprovision mit 25 Sgr. direct an unsere Expedition franco einsenden.

Hiesige können auch pro Februar mit 10 Sgr. abonniren.

## Telegraphische Depeschen.

Kiel, Dienstag 29. Januar.

Der größere Theil der städtischen Deputirten ist wegen seiner Nichtbetheiligung an der Festhergreifungsfeier in Folge einer Verfügung des Oberpräsidiums aufgefordert worden, binnen 8 Tagen hierüber eine motivirte Erklärung abzugeben.

Altona, Dienstag 29. Januar.

Während der Anwesenheit des Herrn v. Zedlitz in Berlin ist beschlossen worden, daß Schleswig jedenfalls der Sitz der Regierung auch nach der Vereinigung der Regierungen Schleswigs und Holsteins bleiben solle.

Dresden, Dienstag 29. Januar.

Die „Konstitutionelle Zeitung“ erklärt die Nachricht, Freiherr v. Werthern sei zum preussischen Gesandten am hiesigen Hofe ernannt, für irrig und fügt hinzu, daß in der Vertretung Preußens bis zur definitiven Konstituierung des norddeutschen Bundes keine Aenderung eintreten werde.

Florenz, Montag 28. Januar.

Der Senat verhandelte in geheimer Sitzung den Prozeß Persano's. Die Anklagepunkte lauten auf Freigebigkeit, Unüberlegtheit und Ungehorsam. Den ersten Anklagepunkt ließ der Senat mit 71 gegen 60 Stimmen fallen, die andern beiden werden morgen verhandelt.

Athen, Sonntag 27. Januar.

Eine Regierungsdepesche meldet aus Kandia vom 21. Januar, daß nach erbittertem Kampfe mit den Insurgenten bei Sphakia, Selino und Apotoronos 1500 Türken landeten, das Desfilé von Hagnarumeli aber nicht erzwingen konnten. Die Insurgenten verwarfen die Vorschläge Mustapha's, welcher die Küsten besetzte.

Paris, Dienstag 29. Januar.

Wie der „Moniteur“ meldet, machte der Kaiser gestern einen Spazierritt über die Boulevards und Quais, und wurde überall enthusiastisch begrüßt.

Stockholm, Dienstag 29. Januar.

Der königlich preussische Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr v. Rosenbergh, hat sich vorgestern in Folge telegraphischer Weisung nach Stuttgart begeben, um, wie es heißt, den dortigen Gesandtschaftsposten zu übernehmen. Ueber seinen Nachfolger am hiesigen Hofe verlautet noch nichts.

New York, Dienstag 22. Januar.

Das Repräsentantenhaus nahm heute eine Bill an, durch welche die Regierung ersucht wird, ihre Goldverkäufe öffentlich und an den Meistbietenden vornehmen zu lassen.

## Landtag.

Haus der Abgeordneten.

60. Sitzung, Dienstag, 29. Januar.

Präsident: v. Fockenberg. Am Ministertische: v. d. Heydt und v. Selchow. Die Tribünen des Hauses sind sehr spärlich besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budget-Commission über die allgemeinen Rechnungen der Jahre 1859 bis 1863. Es handelt sich dabei um den gestern mitgetheilten Antrag V. der Commission, betreffend die Vorlegung eines

Gesetzes über die Einrichtung und Befugnisse der Ober-Rechnungskammer u., zu dem das Amendement v. Vinde (Hagen) vorliegt. — Der Finanzminister v. d. Heydt erklärt, daß diese Angelegenheit schon vor Eröffnung der Session der Erwägung der Staatsregierung unterbreitet gewesen, daß aber die Regierung durch die dringenden Fragen der Gegenwart von der Erörterung solcher inneren Angelegenheiten zurückgehalten sei. Er gebe deshalb anheim, die Erörterung bei dem nähen Schlusse der Session bis zur nächsten Session zu vertagen. — Die Debatte wird fortgesetzt. — Abg. v. Vinde (Hagen) erklärt, daß er im Wesentlichen mit den Rednern der Linken einverstanden sei, daß er nur glaube, daß die in dem Antrage benannten Kabinettsordres nicht zur Cognition des Hauses gehören. — Die Abgg. v. Bodum-Dolffs, Kaster und v. Hoyerbed vertheidigen den Commissionsantrag in seinem vollen Umfange. — Abg. Michaeis (Stettin) weist darauf hin, daß die Angelegenheit nicht so eilig sei, und daß das Haus, nach der Erklärung der Staatsregierung, alle Veranlassung habe, den Gegenstand heute fallen zu lassen. — Abgeordneter Graf Schwerin tritt dieser Ansicht bei. — Abgeordn. Stavenhagen bezeichnet den zweiten Theil des Commissionsantrages als augenblicklich unpraktisch. — Nach geschlossener Diskussion rechtfertigt der Referent Abg. Dr. Birchow den Commissionsantrag. — Es handle sich hier nicht um die Hervorrufung eines Konfliktes; im Gegentheil, die Kommissarien der Regierung hätten ausdrücklich erklärt, daß die Existenz der Kabinettsordres in Bezug auf die Rechte der Landesvertretung gar nichts ändere. Sie hätten die Sache nur dadurch entschuldigt, daß sie meinten, die Ordres seien gleichgültig. Das Haus überschreite durch den Antrag der Commission in keiner Weise das Gebiet der bis jetzt inne gehaltenen Praxis, denn derselbe schließe sich überall dem Wortlaute der Instruktion der Ober-Rechnungskammer vom Jahre 1824 und 1862 an. (Die Minister v. Roon und Graf Tzenplitz sind inzwischen eingetreten.) Bei der Abstim-mung wird das Amendement v. Vinde (Hagen) verworfen, der Commissionsantrag in seinem ganzen Umfange angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz- und Handels-Commission über den Gesetzentwurf, betr. die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staats für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Stettin nach Danzig. (Berichterstatter ist der Abg. Dr. Becker.) Die Commission hat bekanntlich den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf in so fern geändert, als sie einen neuen § 2 eingefügt hat, der für eine Abänderung oder Auflösung der Garantie-Verräge namentlich für eine Veräußerung der aus demselben dem Staate zustehenden Ansprüche auf Einnahmen u. die Zustimmung des Landtags erfordert. Zur General-Diskussion erhält das Wort der Abg. Zander: Ich bin kein Gegner der Staats-Zinsgarantien, habe auch die kundgegebene Absicht der Legung eines zweiten Geleises auf der Ostbahn mit Freuden vernommen. Die hier in Rede stehende Bahn ist auch wichtig, nur muß ich mich gegen den von der Commission eingeschobenen § 2 erklären, weil er das Zustandekommen des Gesetzes zweifelhaft macht. — Abg. Kaster: Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt in § 2, den die Commission vorgeschlagen hat. Der Gegenstand hat schon zweimal während des Konflikts das Haus beschäftigt, damals in scharfen Anträgen. Seit Beseitigung des Konflikts waren mildere Formen an der Zeit, und darum haben wir jetzt einen Compromiß vorgeschlagen, in der Hoffnung, daß die Regierung unsere Anträge jetzt anders behandeln werde, als früher. Resolutionen sind heute nicht mehr möglich, wir müssen aussprechen, daß wir vor Bewilligung der Zinsgarantien unser verfassungsmäßiges Recht wahren wollen. Wir können sehr wohl bei Gelegenheit eines solchen Gesetzes einen wichtigen Grundsatz aufstellen; ich könnte ein Duzend Gesetze anführen, wo in unscheinbarer Ferne große Grundsätze aufgestellt sind, so im § 50 des Genß'armerie-Edikts von 1812 den Verheißung der Provinzial-Verfassung. — Tritt heute die Regierung mit der Erklärung hervor, daß sie unser Recht anerkennt, aber nicht wünsche, daß dasselbe in diesem Gesetze ausgesprochen wird, so wäre ich bereit, den § 2 zurückzuziehen. Die Regierung hat unser Recht gebrochen, sie kann heute den Bruch heilen. Ich glaube, wenn an uns die Apostrophe gerichtet wird, daß wir doch nicht um eines Principes willen die materiellen Interessen des Landes scheitern

lassen möchten, so können wir an die Regierung die Frage richten, ob sie nicht dasselbe Landes-Interesse hat, um diesem zu Liebe ein Princip fallen zu lassen. Ich glaube, eine solche Theilung zwischen den gesetzgebenden Faktoren entschieden zurückweisen zu müssen. — Wir müssen uns von den materiellen Interessen des Landes einen Augenblick abwenden, wenn die höchsten verfassungsmäßigen Rechte des Volkes in Frage gestellt sind. (Bravo!) — Abg. Dr. Glaser: Der von der Commission beschlossene § 2 berührt einen Gegenstand, der mit der Vorlage der Regierung in keinem Zusammenhange steht. Die in dem § 2 angeregte Frage ist so wichtig, daß sie bei dieser geringfügigen Veranlassung nicht sollte aufgeworfen werden. Es heißt dies, einen Verfassungs-Konflikt in ein spezielles Gesetz hineintragen, ohne daß die Noth dazu zwingt. Ich bitte Sie deshalb, für das Gesetz ohne § 2 zu stimmen. — Der Handelsminister Graf Tzenplitz weist zunächst auf die große Wichtigkeit der in Rede stehenden Bahn hin. Was die Garantien anlangt, so fügt er zu, so gehören dieselben allerdings einer vergangenen Zeit an, aber hier liegen eben die besonderen Gründe vor, welche für die Bewilligung der Zinsgarantie sprechen. Die einzige Schwierigkeit, die in dem Gesetze liegt, ist der § 2. Wenn die Sache nach den Bestimmungen der Verfassung klar wäre, so brauchte sie nicht erst besonders ausgeprochen zu werden. Hier soll nun die außerordentlich wichtige staatsrechtliche Frage bei Gelegenheit dieses Gesetzes ausgetragen werden. Die Staatsregierung kann den § 2 in dieser Allgemeinheit sich in keiner Weise gefallen lassen; es wäre dies gegen alle Theorie und alle Praxis der Gesetzgebung. (Bravo!) Die Staatsregierung will aber ihrerseits keine Gelegenheit geben, um das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern, das so nothwendig und nützlich ist, und sie erklärt sich deshalb mit der Annahme des Amendements v. Vinde einverstanden, welches das in § 2 ausgesprochene Princip auf den vorliegenden speciellen Fall beschränkt. Die Staatsregierung kommt dadurch dem Hause entgegen und trägt keine Schuld daran, wenn das Gesetz nicht zu Stande kommen sollte. Theorien sind gut, aber sie fördern nicht den Wohlstand und machen nicht satt; die Regierung aber hat für den materiellen Wohlstand des Landes zu sorgen. Lehnen Sie den § 2 ab. (Bravo.) — Abg. Graf Schulenburg empfiehlt die Annahme der Commissionsvorlage im Interesse des in Rede stehenden Landestheils. — Abg. v. Denz in ebenfalls. Das im § 2 ausgesprochene Princip gehört nicht in diese Vorlage. Der Landestheil bedarf der Wohlthat, lehnen Sie deshalb § 2 ab. — Auch Abg. Heise spricht für die Regierungsvorlage. Es handelt sich hier nicht um die Gründung einer neuen Bahn, sondern um die Fortsetzung und Vollendung eines bereits begonnenen Unternehmens und um Ausdehnung einer bereits früher gewährten Garantie. Es ist unzweckmäßig und nicht geschäftsordnungsmäßig, in diesem Gesetze durch § 2 die staatsrechtliche Frage zu werfen. Wäre das Recht des Hauses so sonnenklar, wie der Abg. Kaster behauptet, weshalb dehne das Haus dasselbe nicht auch auf die Bergwerke aus? Es ist eine PreSSION, durch welche die Interessen des Landes geschädigt werden. (Minister des Innern Graf zu Eulenburg ist eingetreten.) — Abg. v. Vinde (Hagen): Ich will keinen Augenblick die Rechte des Landes preisgeben, das zeigt mein Amendement; die Situation des vereinigten Landtages, auf welche der Abg. Kaster hinwies, ist wesentlich verschieden von der jetzigen: — wir haben jetzt eine Verfassung. Zu meiner Ueberraschung hat der Herr Minister mit meinem Amendement sich einverstanden erklärt, obgleich er dem angeblich präciser gefaßten Amendement Häber den Vorzug gegeben. In meinem Amendement ist die praktische Anwendung der Theorie. Einen Vorzug hat der vereinigte Landtag gehabt, daß er sich nicht in Theorien vertiefte, sondern jeden concreten Fall in's Auge faßte. — Abg. Löwe (Bodum): Durch den Verfassungs-Konflikt ist in die Eisenbahn-Politik des Hauses eine gewisse Unklarheit gekommen, welche, wie ich gehofft hatte, jetzt beseitigt werden würde — unsere Stellung dem Ministerium gegenüber in Eisenbahnsachen bleibt leider unklar. Ich meine aber, die Sache müsse endlich zum Austrag kommen, und dieser Fall scheint mir ganz dazu angethan, denn er zeigt, daß bei Zinsgarantien hauptsächlich der Charakter der Staatsschuld, der Staatsgarantie in's Gewicht fällt. Die für die allgemeine Landeswohl-

fahrt angeführten Gründe haben mich nicht überzeugt. Wir sind nicht in der Lage, immer in den Staatsfäden hineingreifen zu können, und die Regierung erschwert dem Lande das Herbeischaffen von Kapitalien in bedrängten Zeiten und belastet den Staat mit den Zinsgarantien immer mehr. Statt dessen sollte der Staat alle Hemmnisse wegräumen, welche dem Volke entgegenstehen; Sie sollten das Bank-, das Hypothekensystem reformiren, die Freiheit des Einzelnen befördern. Sie spielen den großen Wohltäter, häufen aber schwere Lasten auf das Land. — Bei der Abstimmung werden die Paragraphen 1. und 3. angenommen, Paragraph 2. in der Fassung der Kommission mit 152 gegen 133 Stimmen abgelehnt. — Der Handelsminister bringt den Vertrag mit dem Fürsten v. Thurn und Taxis ein, welcher das Postrecht, incl. des Gesamtinventars, für 3 Millionen Thaler an Preußen abtritt.

### Herrenhaus.

In der heutigen (21ten) Sitzung befanden sich am Ministertisch: Graf zur Lippe, drei Regierungs-Kommissare, später Minister des Innern Graf zu Eulenburg. Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Der Graf von Fürstenberg-Stammheim ist in das Haus eingetreten. — Die Tages-Ordnung führte zur nochmaligen Abstimmung und Annahme des Amendements zu dem Gesetze über die Regelung der direkten Besteuerung in den hohen- und niederen Provinzen. — Das Gesetz über die definitive Untervertheilung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen wurde ohne Debatte angenommen, eine damit in Verbindung stehende Petition des Randerower Kreises durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Es folgte das Gesetz über die Aufhebung der Einzugsgelder und gleichartiger Kommunal-Abgaben. Berichterstatter ist Freiherr von Zeitau. Die Kommission beantragte Annahme des Gesetzes. Dieselbe erfolgte nach kurzer Empfehlung durch den Regierungs-Kommissar Geheimen Regierungsrath von Böttcher und Verwerfung der Abänderungs-Anträge des Freiherrn Senfft von Pilsach.

Darauf kam der Gesetzentwurf über Auflösung des Lehnverbandes in Alt-, Vor- und Hinterpommern und die Abänderung der Lehnstätze zur Verathung. Die Kommission empfiehlt die Annahme des Gesetzes mit den von ihr beschlossenen Abänderungen. Der Berichterstatter Dr. Homeyer redigirt diese Beschlüsse. An der Debatte betheiligen sich die Herren von Wedell, von Klügow, von Below, v. Kleist-Regow; der Justizminister Graf zur Lippe, welcher die Regierungsvorlage zur Annahme empfiehlt, bezweifelt, daß die Anträge des Hauses die Zustimmung des Abgeordnetenhauses finden würden, und bemerkt ausdrücklich, daß die Annahme des Paragraphen 13 in der Kommissionsfassung einer Verwerfung des Gesetzes gleichkommen würde. Ferner sprechen Graf Schwerin und Herr von Plöb. Damit schließt die allgemeine Debatte. § 1 wird ohne Debatte angenommen. § 2 dagegen ruft Erörterungen hervor.

### Politische Rundschau.

— Unser König arbeitete gestern mehrere Stunden mit Graf Bismarck, v. Roon und v. Savigny.

— General v. Manstein ist gestern nach Schleswig zur Vertretung des Generals v. Manteuffel abgereist.

— Dem General v. Manteuffel ist von den städtischen Behörden in Schleswig das Ehrenbürgerrecht verliehen worden.

— Vor einigen Tagen ist aus Paris die Meldung eingegangen, daß „wahrscheinlich in Folge der eingetretenen Kälte“ die Eröffnung der Ausstellung etwas verzögert werden würde. Dieselbe sollte bekanntlich am 1. April stattfinden, doch fürchtet man, daß man eben „der Kälte wegen“ erst mit den Vorarbeiten, namentlich einer Eisenbahn, die nach dem Industrie-Palaste führen soll, fertig werden wird.

— Nach glaubwürdigen Mittheilungen aus Sachsen ist dort das Verhältniß zwischen Preußischem und Sächsischem Militär noch sehr gespannt, wiewohl Ersteres als Sieger Letzterem in der freundlichsten Weise entgegen zu kommen sucht. Die Masse der Sachsen giebt sich noch immer der Hoffnung hin, daß Sachsen bald wieder ganz selbstständig sein werde.

— Die Vermählungsfeier des Königs von Bayern wird am 15. Mai, dem Namenstage der Braut, stattfinden.

— Laut einer Mittheilung des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien hat man in dortigen Kreisen dem Aufenthalte Mollke's und Roon's in der Schweiz ebenfalls Wichtigkeit beigelegt. Die Schweizer besorgen doch wohl nicht eine preußische Eroberung?

— Die neuen Bestimmungen, welche das österreichische Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht, enthalten nach sechs von einem liberaler denkenden Geiste eingegebenen, einen äußerst bedenklichen siebenten Paragraphen. Der § 7 hebt nämlich für die Kriegszeit und auf längeren Marschen zur Friedenszeit alle vorhergehenden §§ 1 bis 6, d. h. jede weitere Beschränkung der Leibesstrafen, einfach wieder auf und stellt die alten Verhältnisse wieder her. Also will man wirklich das Volkstheer, das sich aus allen Klassen der Gesellschaft bilden soll, unter den Stock stellen? Was ist denn überhaupt ein „längerer Marsch“, durch welchen die legitime Regierung des Staates wieder hergestellt wird? kann man mit Recht fragen.

— Diejenigen österreichischen Regimenter, welche kurz nach dem vorjährigen Kriege angewiesen wurden, die Namen ihrer preußischen Inhaber bei Titulaturen des Regiments wegfällen zu lassen, haben auf kaiserliche Anordnung jene Namen bei allen Eingaben und öffentlichen Schriftstücken wieder zu führen. Es verlautet, daß die Erzherzoge, welche preußische Regiments-Inhaberschaften niederlegten, diese auch wieder verliehen erhalten. — Kommt Oesterreich so nach und nach zur Bestimmung?

— In Brünn sind Privatbriefe aus Mexiko eingetroffen, welche die Nachricht bestätigen, daß die bei ihrer Errichtung 6000 Mann stark gewesene österreichische Legion in Mexiko auf einen Stand von 800 Mann herabgeschmolzen ist.

— Obgleich in England von allen Seiten das Mögliche geschieht, um die Noth unter den unteren Klassen der Bevölkerung zu lindern, so ist doch die Zahl der Nothleidenden so groß und das Elend so allgemein, daß der Hunger in den letzten Tagen bereits mehrere der Verzweiflungsausbrüche, die man Brottumulte nennt, hervorgerufen. In Liverpool kamen solche Scenen vor, und Greenwich und Deptford hatten am 25. d. M. fast den ganzen Tag über ihre Geschäfte geschlossen, da Schaaren von Männern die Straßen durchzogen und in verschiedene Läden einbrachen. Eine große Anzahl Brotarten war vertheilt worden, da aber kein Brot mehr von der Armenvertheilung aufzutreiben war und der betreffende Beamte dies den Hunderten, die noch warteten, mittheilte, zogen sie ab, plünderten einen Bäckerladen ganz aus, versuchten dann gewaltsam den Eingang in einen andern zu erzwingen, dem jedoch der Eigenthümer dadurch zuvorkam, daß er seinen Brotvorrath gutwillig auslieferte, und stürmten, demolirten und plünderten dann einen weiteren Laden, worauf durch einige Abtheilungen Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde die Ordnung wiederhergestellt wurde und die Menge sich verließ und zum Theil sich nach dem Arbeitshause begab, um dort Stillung ihres Hungers zu suchen und zu finden.

— Das Unglück, das dieser Tage durch den Eisgang in der Themse verursacht wurde, ist sehr beträchtlich und viel bedeutender, als man Anfangs annahm und zu glauben geneigt war. Verschiedene kleinere Fahrzeuge sind gesunken, und ihre Mannschaften fanden durch Ertrinken oder zwischen den gewaltigen Eisblöcken zerquetscht ein klägliches Ende.

### Locales und Provinziales.

Danzig, 30. Januar.

[Stadtverordneten-Sitzung vom 29. Jan.]

Vorsitzender: Hr. Kommerzienrath Th. Bischoff. Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Bürgermeister Dr. Ling, Stadträte Strauß, Firich und Dlschewski. Vor der Tagesordnung bringt Hr. Dr. Liévin den Antrag ein, die für die geheime Sitzung angelegte Bezirksvorsteherwahl in öffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen. Redner müsse leider konstatiren, daß ein so geringes Interesse für kommunale Angelegenheiten unter der Bürgerschaft herrsche, daß beispielsweise bei der Wahl im 6. Stadtbezirk gar keine Betheiligung gewesen ist. Hr. Damme bemerkt, daß der Zweck des Herrn Dr. Liévin, die geringe Betheiligung bei den Bezirksvorsteherwahlen zu konstatiren, erreicht sein dürfte, und erwidert, dem Antrage selbst nicht Folge zu geben, da die definitive Wahl mit persönlichen Auslassungen verbunden sei, die sich für die Öffentlichkeit nicht eignen. — Hr. Prepell bekundet, daß bisher stets ein Mangel an Interesse für die Bezirksvorsteher-Wahlen bemerkbar gewesen sei, worauf Hr. Dr. Liévin seinen Antrag zurückzieht. Hierauf bringt Hr. Damme eine Interpellation betreffs einer in den Zeitungen enthaltenen Berichterstattung im Abgeordnetenhaus ein, daß die Ausführung der Eisenbahn nach Neufahrwasser Anfangs auf Schwierigkeiten bezüglich der Abtretung von G. und Boden gestoßen sei. Die Stadt sei seines Wissens ihren Verpflichtungen mit großer Bereitwilligkeit nachgekommen und habe sich sogar erboten, die Arbeiten während der Kriegsperiode fortzusetzen. Hr. Dr. Ling bemerkt, daß er ebenfalls die Ausführung des betreffenden Berichterstatters mit Erstaunen gelesen habe, hält dieselben aber für vollständig aus der Luft gegriffen. Dem Expropriationsverfahren der fiskalischen Behörden habe der Magistrat nicht vorgreifen können, sobald aber die Pläne demselben zur Kenntniß gekommen seien, habe er die Verhandlungen mit den Grundbesitzern nach Möglichkeit gefördert. Bei den Verhandlungen mit den Besitzern in Petersburg habe die Baubehörde selbst eine Dringlichkeit in Abrede gestellt. — Nunmehr bringt Herr Kompelt in einen von 10 Mitgliedern unterstützten Antrag ein: in den Vorstädten kleinsten Feueranmelde-Stationen einzurichten, da bei dem letzten Brande in Neufahrwasser es sich herausgestellt hat, daß wegen der mangelnden Telegraphenleitung die städtische Feuerwehre nicht hat herbeigerufen werden können und demzufolge das Feuer große Dimensionen erlangt hat. Die Telegraphenbehörden würden gewiß gern mit der städtischen Behörde Hand in Hand gehen. Es sei eine gerechte Forderung, welche die Bewohner der Vorstädte an die Stadt erbe, überdem die Löschanstalten in Ersteren stets mangelhaft sind. Herr Dr. Ling erwidert, von einer Beschlußfassung noch Abstand zu nehmen und diese Angelegenheit zuvörderst der Feuerwehre-Deputation zur

Berathung zu überweisen, indem zunächst Rücksprache mit den Telegraphenbehörden gehalten werden müsse und der Kostenpunkt festzustellen sei. Herr Breitenbach macht darauf aufmerksam, daß in den Vorstädten alsdann bediente Telegraphen-Apparate aufzustellen seien. Herr Stadtrath Dlschewski erklärt, daß der Brand in Neufahrwasser bereits Veranlassung zu einer Konferenz gegeben habe. Der Vorsitzende wird den Antrag dem Magistrat Behufs Ueberweisung an die Feuerwehre-Deputation zufertigen. — Der Betriebsbericht der Gasanstalt pro II. Quartal c. wird zur Einsicht ausgelegt. Der Etat der Stadtbibliothek wird auf 1436 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf. festgestellt. 121,533 Thlr. 27 Sgr. 10 Pf. werden als Räumerschulden auf den Etat pro 1867 übernommen. Im Etat der Schutzmannschaft sind 150 Thlr. für Gratifikationen und Belohnungen der Schupleute ausgelegt, welche Anzeigen über Verunreinigungen der Straßenstrummen machen. Im Etat der Straßenreinigung sollen 110 Thlr. für einen neu einzustellenden Sprengwagen vorgesehen werden; der Etat schließt überhaupt auf 17,268 Thlr. ab. Herr Kompeltin erhebt Einwand gegen fernere Beschaffung einspänniger Gemüllkarren und hält zweispännige für praktischer und weniger kostspielig in der Bedienung. Herr Stadtrath Dlschewski berichtigt diese Ansicht dahin, daß in unsern schmalen Straßen sich einspännige Karren besser bewegen können, der kubische Inhalt derselben gleich  $\frac{2}{3}$  desjenigen eines 2sp. Wagens sei und der Augenchein lehre, daß die Pferde nicht überlastet werden, sondern sich gut konserviren. — Zur Unterhaltung des Spend- und Waisenhauses werden 4839 Thlr. Kommunalzuschuß bewilligt. — Zum Schluß theilt der Vorsitzende die so eben eingetroffene Privatdepesche mit, daß der Bau der Pommerschen Eisenbahn Söslin-Danzig von beiden Häusern und der Regierung vereinbart ist.

— Der König hat bestimmt, daß diejenigen Personen, welche sich bis zum 2. August 1866 auf dem Kriegsschauplatz in seiner oder in der Umgebung der Prinzen des Königshauses, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha befunden haben, das am 20. September v. J. gestiftete Erinnerungskreuz für Nichtcombattanten an dem entsprechenden Bande erhalten sollen, sofern sie nicht statutenmäßig zum Empfange des Kreuzes für Combattanten berechtigt sind. Diejenigen, welche auf Grund jener Bestimmung das gedachte Erinnerungskreuz zu erhalten wünschen, sollen sich unmittelbar an die Regierung, in deren Bezirke sie sich befinden, mit ihren Anträgen wenden.

— In der letzten Generalversammlung des hiesigen Gartenbau-Vereins wurde der Garten-Inspektor Herr Schondorff aus Oliva wiederum zum Vorsitzenden gewählt, und demnächst vom Vorsitzenden mitgetheilt, daß die naturforschende Gesellschaft sich bereit erklärt habe, dem Verein zu den monatlichen Versammlungen das Local im Frauenthor zur Disposition zu stellen. Auf die nächste Tagesordnung wurde die diesjährige Blumenausstellung und die Feier des Stiftungsfestes gebracht. Bezüglich der Blumenausstellung pflegt der Verein alljährlich eine andere Jahreszeit zu wählen, um dem Publikum stets Neues vorzuführen.

— [Weichsel-Trajekt vom 29. Januar.] Bei Terespol-Culm per Kahn bei Tag und Nacht; bei Warlubien-Graudenz unterbrochen; bei Czermink-Marienwerder über Eis nur bei Tage.

Liegenhof. Betreffend die projectirte Eisenbahn von hier via Neuteich nach Simonsdorf hatte das dafür gebildete Comité eine Sitzung im deutschen Hause, über die wir indessen noch nichts Näheres vernommen. Wie man hört, hat Herr Michael Lieg-Marienu über das Bahnprojekt eine Denkschrift ausgearbeitet, die sich gegenwärtig im Druck befindet, und nach Vollendung in vielen Exemplaren hier im Kreise vertheilt werden soll, um die Sache populär zu machen und zu Jedermanns Kenntniß zu bringen. Daß uns stets brauchbare Verbindungswege mit unsern Nachbarorten Noth thun, darüber sind wohl Alle einig, über das Wie und Wo, ob Chaussee, ob Bahn, darüber sind die Meinungen noch sehr verschieden.

Elbing. Die meisten der hiesigen Fabriken haben schon seit Monaten, wie man hört, aus Mangel an Aufträgen, ihren Geschäftsbetrieb sehr erheblich eingeschränkt und demnach theilweise die Arbeitslöhne herabgesetzt, mehr aber noch die Arbeiter in großer Anzahl ganz entlassen. In Folge dessen herrscht unter den handarbeitenden, jetzt zu einem bedeutenden Theil arbeitslosen Einwohner-Klassen sehr fühlbare Nahrungskostigkeit, ja vielfach drückende Noth.

Söslin. Gegenwärtig durchläuft eine von Berlin ausgehende Petition unsre Stadt, welche das Staatsministerium bittet, der Creditoth der Handwerker durch Gründung der Handwerkerbanken nach Vassalischen Grundsätzen abzuhelfen.

Maslow (Pommern). Unsere Stadtverordnetenversammlung hat mit großer Majorität den Beschluß gefaßt, da die hiesige Rectorstelle neu besetzt werden soll, bei der königlichen Regierung dahin zu petitioniren, daß wir „mit einem studirten Rector verschont bleiben mögen!“



selben abgeführt. Eine Berechnung, wieviel an solchen Gelbern abgeführt sei, hat, wie er zugleich, bisher nicht stattgefunden, auch enthalten die beiderseitigen Rechnungen weder über diese Gellonen, noch über die Abzahlung solcher Gelber an Behrendt irgend eine Eintragung. Behrendt giebt als Grund an, er habe keine Zeit dazu gehabt, die cedirten und eingezogenen Forderungen in die Berechnung mit aufzunehmen. Die Vertbeidigung hatte bei solcher Sachlage kein Feld, auf dem sie sich mit Vortheil bewegen konnte; obwohl dieselbe Alles mit vieler Gewandtheit zum Vortheil des Angekl. auszubenten suchte, gelang es ihr doch nur, die Geschworenen zu bestimmen, bei der betrüghchen Bankerutfrage mildernde Umstände anzunehmen, welche Seitens der Anklage bekämpft wurden. Alle andern Schuldfragen haben die Geschworenen bejaht. — Der Gerichtshof erkannte wegen betrüghchen und einfachen Bankerutts und wissentlichen Meinereis 3 Jahre Zuchthaus.

### **Vermischtes.**

— Auf der Eisenbahn zwischen Odensee und Widdelfart auf Fühnen geriethen der Lokomotivführer und der Heizer während der Fahrt in Wortstreit mit einander, welcher bald zu Thätlichkeiten überging. Der Heizer ergriff einen Hammer und schlug dem Lokomotivführer zwei Löcher in den Kopf, wonach Letzterer, um sich selbst und das Leben der Passagiere nicht ferner zu gefährden, bei seltener Geistesgegenwart und genügender Kraft den Heizer von der Lokomotive neben den Schienen in den tiefen Schnee hinauswarf. Bei Ankunft des Zuges in Widdelfart wurde sofort wegen Verhaftung des Heizers zurücktelegraphirt.

— Prinz Karastkin speiste dieser Tage bei einem andern Russen in einer Villa zu Kamlagh bei Paris. Jrgend ein Gefäß fiel dem Prinzen auf. Er wünschte es zu kaufen. Sein Wirth meinte, das ginge nicht, sonst müßte er seine ganze Küche kaufen, zu der dies Gefäß harmonisch gehöre. „Ich kauf die Küche“, rief der Prinz. „Die ist nur zu kaufen mitsamt dem Hause“, meinte der Andere. „Ich kauf das Haus!“ schrie der Prinz. „Dazu gehört aber der Keller, das Mobiliar, und Wagen und Pferde“, meinte der Wirth. „Auch die lauf ich“, erklärte nun der Prinz; was kostet das Alles? — „400,000 Franken.“ — „Hier sind sie. Jetzt aber meine Bedingniß. Sie verlassen sofort das Haus, denn ich will bei mir sein.“

— [Spanische Geschichte.] Ein offenes freimüthiges Wort fand von jeher gute Aufnahme bei Spanischen Fürsten. Eines Tages erschien bei der Königin ein hoher Beamter und machte ihr in mildem Ton Vorwürfe über einige ihrer Verordnungen, die in's Grausame und Ungerechte hinüberspielen. Die Königin war gerührt und erschütterter. „Ihr seid mein Seelenretter!“ rief sie unter Thränen. „Der Himmel soll wissen, daß ich mich bessern will. Begebt Euch sogleich“ — fuhr sie fort, während sie das Todesurtheil des hohen Beamten schrieb — „begebt Euch sogleich in's Jenseits und meldet der Vorsehung, daß ich meine Fehler bereue!“ — An einem feinen Verständniß für Humor und, wenn es darauf ankam, an schlagendem Witze hat es den Beherrschern Spaniens auch nie gefehlt. Am Dienstag nach Cantate saß die Fürstin mit einem Granden beim Frühstück. „O Königin“ — rief der Grande, während er sich ein Caviarschemmelchen zurecht machte — „o Königin, das Leben ist doch schön!“ — „Aber kurz!“ fügte die Königin lächelnd hinzu und ließ ihn enthaupten.

[Eingefandt.]

Obstupui, steterantque comae, et vox faucibus haesit.

Wie ist der „Danziger Zeitung“ solch Artikel möglich, wie derjenige in der gestrigen Abendnummer. Die Antwort des Grafen Bismarck auf die Interpellation Waligorsti's ist wenigstens logisch, wenn auch nicht, wie wir sie wünschen.

Der Verfasser jenes Artikels scheint aber gar keine Idee vom Handel zu haben, oder will unklar sein. Wer kann daran zweifeln, daß der Kaufmann alle Posten zum Einkaufspreise einer Waare zuschlägt und danach den Verkaufspreis stellt? Wer wird bezweifeln, daß man oberhalb der Brücke in Wloclawek den Weizen im Rahn umsoviel billiger bezahlet wird, als der Brücken-zoll beträgt? In Warschau und Oberpolen kauft man ihn noch billiger, weil der Käufer sich die dafür noch zu erlegenden Frachten, Zölle und Kosten berechnet hat. Wer kann bezweifeln, daß zuletzt alle Auflagen u. Zölle auf Waaren- und Handelsartikel einzig und allein vom Consumenten getragen werden. Das ist die Steuerabwägungstheorie, und der Paria der Gesellschaft ist und bleibt der Consument, arm oder reich; das wird kein Graf Bismarck und auch kein Artikel einer Zeitung ändern.

Wer aber dem Herrn Minister-Präsidenten damit widerlegt, daß er ihm sagt: durch Zölle und Abgaben, unberechtigt auf der Wechsel erhoben, auch selbst wenn sie von dem Polen, sei er Händler oder Produzent, bezahlt werden, wird die Zufuhr nach unserem Lande erschwert, man sucht vielleicht billigere Wege zum Absatz und wir haben Einbußen, — der hat recht — und hieraus ist für Preußen das große Interesse herzuleiten, das es hat, sich keine Schlagbäume und Gebestellen an der Grenze erbauen zu lassen. Schauffeegeld muß unser preußischer Oberbahnkassier bezahlen, der nie den Vor-

seines Fahrzeuges verläßt; das schneidet in unser Fleisch auf ganz andere und directe Weise, der Wloclaweker Brücken-zoll thut es nicht.

Wir können nur denken, den beregten Artikel hat ein Langer hantianer in die Zeitung eingeschmuggelt? Man erzählt sich in der Stadt, die Bismarck'sche Antwort werde vom Comité Langer hant gedruft und vertheilt werden, um daran dann weiter anzuknüpfen und Mißtrauen rege zu machen. Da hat denn freilich die „Danziger Zeitung“ unbewußt hübsch vorgearbeitet! Latet anguis in herba.

### **Räthsel.**

2 Sylben.

Die erste ist wohl schon im Jahre, wie im Leben,  
Die zweite nimmt der Kranke oft mit stillem Beben,  
Das Ganze in der ersten dir zur Luft gegeben,  
Verlockt dich gar zu leicht, hier hilft kein Widerstreben.  
L. B.

### **Kirchliche Nachrichten vom 21. bis 28. Januar.**

**St. Peter u. Paul.** Getauft: Kaufmann Nswald Sohn Johann Heinrich Franz.

Gestorben: Buchhalter Rauenowen Tochter Jenny Marie, 2 J. 7 M., Lungen-Entzündung.

**St. Elisabeth.** Aufgeboten: Reservist Friedr. Sareika mit Jgfr. Wilhelmine Sareika, Reservist Joh. Höste mit Jgfr. Henriette Naujetat, Reservist Friedr. Zerull mit Jgfr. Anna Sahnberg aus Pillkowo.

**St. Barbara.** Getauft: Portier Gergul Sohn Ernst August. Schneberger. Schroff Sohn Hugo Richard. Schlosser. Schubert Tochter Wilhelmine Albert. Emma. Aufgeboten: Schmiedeges. Gottl. Aug. Ziemann mit Wwe. Charl. Karoline Auguste Groth, geb. Jungl. Gestorben: Kaufm.-Frau Helene Claassen, geb. v. Krieffen, 23 J. 5 M. 7 L., Karbunkel. Hauptzollamts-Diener Forstreuter Tochter Louise Auguste, 5 M. 18 L., Atrophie. Hofbes. Schindler in Heubude Tochter Maria Gertrude, 4 M. 21 L., Lungen-Entzündung.

**Himmelfahrts-Kirche zu Neufahrwasser.** Getauft: Weichselsooffe Schille Tochter Anna Fernanda. Gestorben: Seefahrer Wenzel todgeb. Sohn.

### **Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.**

Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft übernimmt fortwährend **Versicherungen auf das Leben einzelner und verbundener Personen** zum Betrage von 100 bis 20,000 Thln. zu billigen Prämien, und gewährt den bei ihr mit Anspruch auf Gewinn (Tabelle A.) versicherten Personen zwei Drittel des reinen Gewinnes der Gesellschaft.

Nähere Auskunft über die verschiedenen Versicherungs-Arten wird im Bureau der Gesellschaft, Spandauer Brücke Nr. 8, sowie von sämmtlichen Agenten derselben bereitwilligst ertheilt, bei welchen auch Geschäfts-Pläne unentgeltlich entgegengenommen und Versicherungs-Anträge jederzeit angemeldet werden können.  
Danzig, Januar 1867.

**H. A. Kupferschmidt**, Haupt-Agent,

(Comtoir: Breitegasse Nr. 52, im Lachs),

**Th. Schirmacher**,

(Comtoir: Brodbänkengasse Nr. 25),

**C. Schwalm**,

(Comtoir: Hundegasse Nr. 40),

**Ewe**, Bürgermeister in Pr. Stargardt,

**F. Geiger**, Oberlehrer in Neustadt in Westpr.,

Agenten.

**Wollwebergasse Nr. 21** werden **Juwelen, Gold, Silber** und fremde Geldsorten zu den **höchsten Preisen** gekauft.

### **Stadt-Theater zu Danzig.**

**Donnerstag, 31. Januar.** (Abonn. suspendu.)

**Benefiz** für Frau. Marie Lehnbach. Zum ersten Male: **Das Mutterlöbchen.** Lustspiel in 3 Acten von K. Benedix. Hierauf: **Zehn Mädchen und kein Mann.** Komische Operette in einem Act von Suppé.

**Dr. Pattison's** Sichtwatte lindert sofort und heilt schnell

### **Gicht, Rheumatismen**

aller Art, als Gesicht-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Magen- und Unterleibschmerz u. c. In Paketen zu 8 *Sgr.* und zu 5 *Sgr.* bei Herrn **G. Seiltz**, Hundegasse 21.

### **Sichen-Borke!**

100 Centner sucht sofort zu kaufen **R. Heygemann** in Marienwerder.

Wichtig für

### **Bandwurm-Leidende**

ist die sich in vielen 100 Fällen bewährte **höchst einfache, leichte und gefahrlose Hilfe** in 2 Stunden durch die Adresse: **L. Dr. Sign. 30, poste restante, Detmold, Westfalen.** Näheres brieflich. Zeugnisse gratis.

### **Nächste Gewinnziehung**

am **1. März 1867.**

Hauptgewinn **Größte** 5 Ziehungen  
fl. 250,000 im Jahr 1867.

### **Gewinn-Aussichten.**

### **Nur 6 Thaler**

kostet ein halbes Prämienloos, **12 Thaler** ein ganzes Prämienloos, ohne jede weitere Zahlung auf sämmtliche 5 Gewinnziehungen des Jahres 1867 gültig, womit man 5mal Preise von fl. 250,000, 220,000, 200,000, 50,000, 25,000, 15,000 u. c. gewinnen kann.

Da die Loose stets sehr begehrt sind, so ersucht man Bestellungen unter Beifügung des Betrags oder Posteingahlung oder gegen Nachnahme baldigst und nur allein direct zu senden an das Bankgeschäft von

**Anton Bing**  
in Frankfurt am Main.

Die amtliche Gewinnliste erhält Jedermann unentgeltlich zugefandt.

**König Wilhelm-Loose à 2 u. 1 Thaler** sind zu haben bei **Edwin Groening.**